

MG - City

DIE LINKE.

Ausgabe II / 2009

Hohenzollernstraße

Die Bäume bleiben



12 Bäume auf der Hohenzollernstraße waren einer Gasleitung im Wege. Ihre Wurzeln drückten auf die Gasleitung. Nach altbewährter Weise schlug die Verwaltung vor, die Bäume zu fällen und dann Ersatzpflanzungen vorzunehmen.

Die Bäume auf der Hohenzollernstraße hatten Glück. Sie hatten engagierte Mitmenschen als Paten. Der Nutzen dieser Bäume für das Klima und das Stadtbild sei sehr hoch, argumentierten die Paten und stellten die Frage: „Warum müssen denn die Bäume weichen und nicht die Gasleitung?“

Und mit dem Druck einer Bürgerinitiative und Unterstützung von Greenpeace, Bündnis 90/Die Grünen und der LiLO konnten SPD und FDP im Bauausschuss umgestimmt werden.

Die Bäume bleiben und die Gasleitung wird verlegt.

Wir hoffen, dass solche Lösungen im Sinne der Erhaltung von Grün in unserer Stadt nicht nur vor Kommunalwahlen möglich sind, sondern sich als Dauerlösung durchsetzen.

Selbstbedienungsladen

Die vier KandidatInnen der CDU für die vier neuen Bezirksbürgermeister haben sich schon einmal zusammen gesetzt und überlegt, was nach der Kommunalwahl alles so gebraucht wird, um richtig zu regieren.

Renate Zimmermanns, Frank Boss, Herbert Pauls und Arno Oellers sehen es als notwendig an, mehr Personal für die Sekretariate in den Bezirksverwaltungsstellen zu bekommen, die Zahl ihrer Stellvertreter auf drei zu erhöhen, mehr Geld für Geschenke in den neuen Stadtbezirken zu bekommen und den Zugriff auf den städtischen Dienstwagen für die vielen Fahrten zu den Veranstaltungen am Wochenende zu haben.

Das muss drin sein.

Die Reduzierung der Stadtbezirke wurde vor allen Dingen mit dem Argument geführt, Kosten zu sparen. Die Pläne der vier Bezirksbürgermeister in spe machen die Einsparung zunichte. Die neuen vier Bezirksvertretungen werden dann teurer sein als die alten 10!

Über die Pläne der vier CDU KandidatInnen, die neuen Stadtbezirke als Selbstbedienungsladen zu nutzen, ist die FDP sehr irritiert. Kämpft sie doch seit Jahren publikumswirksam um die Reduzierung von Geldern für Politiker.

Und wie sieht es in der Realität aus?

In Hardt und in Giesenkirchen hat sich die FDP für ihre Zusammenarbeit mit der

weiterlesen Seite 7

Für ein soziales, ökologisches, friedliches Europa – ein Europa, das die Menschenrechte respektiert!



Von Bernhard Clasen, DIE LINKE.
Mönchengladbach, Sprecher

„Rückhalt im Volk ist in sämtlichen Bereichen wichtig, innenpolitisch wie außenpolitisch. Erst jetzt, an der Schwelle einer Jahrtausendwende, scheinen wir zu begreifen, dass die Grundbedeutung des Begriffes „Internationale Politik“ nicht „Beziehungen zwischen Regierungen“ lautet, sondern „Beziehungen zwischen Völkern“, so Michail Gorbatschow am 8. November 1989 bei einem Empfang im Kreml, am Vorabend des Mauerfalls. (1)

200 Afrikaner ertranken am 31. März 2009 bei ihrem Versuch, mit einem Schiff in die EU zu gelangen. Wieviele Menschen bei ihrem Versuch, nach Europa einzuwandern, im Mittelmeer ertrunken sind, weiß niemand. Die Schätzungen reichen von einigen tausend bis zu 20 000 oder gar 30 000 Toten.

In den beiden Auffang- und Abschiebelagern der italienischen Insel Lampedusa sind unter menschenunwürdigen Bedingungen derzeit 720 Personen untergebracht. Ab 15. Mai, so der italienische Innenminister Maroni, solle sich alles

„verbessern“. Denn dann tritt ein Abkommen mit Libyen in Kraft, das unter anderem italienisch-libysche Patrouillen vor der Küste des nordafrikanischen Landes vorsieht. An der Festung Europa wird fleißig weiter gebaut (2).

Gorbatschow, der Architekt des Mauerfalls, hätte 1989 wohl am allerwenigsten geahnt, dass man es zwanzig Jahre später mit einem Europa zu tun habe, das kein Europa der Völker, sondern ein Europa der Regierungen und der multinationalen Konzerne ist. Mit dem Vertrag von Lissabon haben die Regierungen der EU hinter verschlossenen Türen ein Europa geschaffen, in dem von einer „Beziehung der Völker“ keine Rede mehr ist. Mit Händen und Füßen wehren sich die Regierungen der EU, die Völker Europas in Referenden über den EU-Reformvertrag von Lissabon zu befragen. Gleichzeitig führte die Abschottungspolitik der EU zu einer neuen Mauer an den Außengrenzen dieses Europa.

Ein Europa, das den Tod von zehntausenden von Flüchtlingen zu verantworten hat, eine Aufrüstungsverpflichtung fordert, Sozialstaatlichkeit nicht zu seinen Werten erklärt, Marktwirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit über alles stellt, lehnen wir ab.

Die LINKE fordert ein Europa, das sich sozialen, ökologischen, friedenspolitischen und menschenrechtlichen Standards verpflichtet sieht.

Alle Völker der EU müssen in Referenden über ihre Haltung zum sog. „EU-Reformvertrag“ von Lissabon befragt werden.

Ja zu Europa! Nein zum Lissabon-Vertrag!

(1) <http://www.gorby.ru>

(2) „Neues Deutschland“ vom 1. April 2009

Hartz IV-Tipp

Nachdem in der Vergangenheit immer wieder die im Krankenhaus bereit gestellte Verpflegung als Einkommen angerechnet wurde, hat es nun eine Klarstellung aufgrund höchstrichterlicher Entscheidungen gegeben.

Aufgrund dieser Entscheidungen wurden die Durchführungsbestimmungen zum § 11 SGB II „Anrechnung von Einkommen“ wie folgt geändert.

Bereitgestellte Verpflegung im Krankenhaus oder in einer Haushaltsgemeinschaft (11.63)

9) Verpflegung, die während eines Krankenhausaufenthaltes bzw. im Rahmen einer Haushaltsgemeinschaft zur Verfügung gestellt wird, ist nicht auf den Anspruch auf Arbeitslosengeld II anzurechnen (§ 1 Abs. 1 Nr. 11 i. V. m. § 4 Alg II-V).

Dies gilt rückwirkend für Ansprüche ab 1. Januar 2008. Wurde auf Ansprüche aus dem Jahr 2008 Krankenhausverpflegung bzw. Verpflegung in einer Haushaltsgemeinschaft angerechnet, ist die Entscheidung auf Grund der Änderung der rechtlichen Verhältnisse nach § 48 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 SGB X zu ändern; dies kann auf Antrag eines Betroffenen geschehen, oder wenn die Anrechnung anlässlich einer Aktenbearbeitung festgestellt wird.

Sollten also seit dem 1.1.2008 Verpflegung im Krankenhaus als Einkommen angerechnet worden sein, so besteht die Möglichkeit, auf Antrag hin, den einbehaltenen Betrag ausgezahlt zu bekommen.

„Was sollen wir mit unserem JHQ machen?“

... lautete die Frage des Vorsitzenden der Bezirksvertretung Rheindahlen, die am Dienstag, den 17. März 2009 öffentlich tagte.

Unter dem Tagesordnungspunkt Fünf „Vorbereitung der Konversion des Joint Headquarters (JHQ)“ sollte ein mündlicher Bericht seitens der Verwaltung Aufschluss darüber geben, wie man mit dem rund 380 Hektar großen Gelände und den vorhandenen Gebäuden nach dem Abzug der englischen Truppen (2014) umgehen will.

Als im August 1952 das Gelände des südwestlich gelegenen Rheindahlener Waldes, trotz der Bürgerklagen über den Verlust des Waldes und der zunehmenden Militärpräsenz, von den Briten beschlagnahmt wurde, sind 198 Millionen DM für Baumaßnahmen und Infrastruktur ausgegeben worden. Stadt und Wirtschaft unterstützten das Vorhaben in der Hoffnung, Aufträge zu erlangen.

Geld, das für Einrichtungen, Anlagen und Gebäude aufgebracht worden ist, welche heute einen enormen Sanierungsbedarf aufweisen. Ein hoher Kostenfaktor, den zum heutigen Stand Stadt, Land und Bund vermutlich nicht tragen wollen und werden. In diesem Fall würden Gebäude und Grundstücke zu günstigen Konditionen an Privatleute verkauft werden. Ein verlockendes Angebot für Geringverdiener, was jedoch auch die Gefahr der Bildung von sozialen Brennpunkten mit sich zieht. Ein Szenario, welches in anderen Kommunen schon vorgekommen ist.



Eine Entscheidung wird wohl in absehbarer Zeit nicht getroffen werden können, da noch zu viele Daten ungenau sind und bestimmte Faktoren erst noch geklärt werden müssen, wie z.B. die Frage, wer die Kosten für die Altlastenbeseitigung tragen muss. Auch wenn nach dem Bericht der Verwaltung der jetzige Eigentümer dafür aufzukommen habe und nicht die Stadt die Zeche zahlen soll ist es nicht sicher, ob mit einer Zahlung aus Großbritannien gerechnet werden kann.

Bis alle Gegebenheiten ausreichend geklärt sind, wird noch viel Zeit vergehen – genug Zeit, um sich über kreative und gemeinnützige Alternativen Gedanken machen zu können.

Impressum

V.i.S.d.P:

DIE LINKE. / Helmut Schaper
Mönchengladbach

Postfach 30 10 01
41191 Mönchengladbach

Telefon: 0 21 66 / 979 22 43

Fax: 0 21 66 / 979 22 42

E-Mail: buero@die-linke-mg.de

Web: www.die-linke-zeitung.de

Wir, DIE LINKE. halten unsere Forderung aufrecht, weiterhin eine positive Entwicklung des Geländes anzustreben. Das bedeutet:

- Keine weitere militärische Nutzung
- Keine Verrottung des Geländes
- Keine Bildung von sozialen Brennpunkten, nur damit Bund, Land und Stadt schnelles Geld verdienen.

Stattdessen wollen wir, dass das Gelände überwiegend in den Urzustand versetzt wird, um als Naherholungsgebiet den Bürgern zu Gute zu kommen.

In solch einem Naherholungsgebiet könnte dann auch ein Freiraum angesiedelt werden, der die Möglichkeit der Verbindung von Kunst und Kultur bietet.

Bei ca. 1.800 qm täglicher Neuversiegelung in unserer Stadt ist es an der Zeit, dass in Mönchengladbach Boden endlich entsiegelt wird. Hier bietet sich eine gute Gelegenheit.

Die Beseitigung der Altlasten und die damit verbundenen Kosten sollen nach über 50jähriger Nutzung die Verursacher tragen.

DIE LINKE. Mönchengladbach beim Protest gegen den Nato-Gipfel

Mit einem aus 14 Waggonen bestehenden Friedenszug, der von der Partei DIE LINKE. NRW organisiert wurde, fuhren am 4.4.09 fast 1.000 Demonstranten nach Kehl, um sich am Ostermarsch in Kehl und an der abschließenden Kundgebung in Straßbourg zu beteiligen.

Unter Ihnen 16 Mönchengladbacher, überwiegend Mitglieder der Partei DIE LINKE.

An den Protesten gegen das Nato-Treffen nahmen insgesamt etwa 30.000 Menschen teil; bis zum Eintreffen hatte man noch die Hoffnung, über die Europabrücke nach Frankreich zu ziehen. Die DemonstrantInnen aus NRW wurden ebenso wie die aus Baden-Württemberg von der deutschen Polizei an der Grenzüberschreitung gehindert.

Empörung und auch Enttäuschung über diese Einschränkung der Meinungs- und Demonstrationsfreiheit war unter den TeilnehmerInnen groß.

Günter Rombey, 78 Jahre, ehemaliger IG-Metall Sekretär: „1964 bin ich in Aldermaston in der Nähe von London beim ersten Ostermarsch mit dabei gewesen. In all‘ den Jahren habe ich mich danach gegen Hochrüstung und für Frieden engagiert und demonstriert. Zum Abschluss hätte ich mir gewünscht, auf der Deutschland und Frankreich verbindenden Brücke in Strasbourg mit meinen französischen FriedensfreundInnen und KollegInnen zusammenzutreffen und gemeinsam gegen die NATO zu demonstrieren.“

Ich habe kein Verständnis für das Verhalten der deutschen Polizei, zumal unsere Demonstration in Kehl absolut friedlich verlief!“



Bernhard Clasen, Sprecher der Partei DIE LINKE. Mönchengladbach erklärte dazu:

„Die Aktionen und Proteste der Friedensbewegung am Wochenende waren ein wichtiges Signal gegen die Kriegspolitik der NATO in Afghanistan, Irak, Usbekistan und anderen Ländern und gegen eine weitere Ost-Erweiterung.“

Auch in Zukunft wird sich die Mönchengladbacher Linke aktiv an den Aktionen der internationalen Friedensbewegung einbringen“.



Fortsetzung von Seite 2

CDU mit einem Posten als zweite Stellvertreter belohnen lassen. Macht jeweils 10.000 EUR Kosten in einem Bezirk, in der kaum ein zweiter Stellvertreter zum Einsatz kommt. Den Posten eines Dezenten hat sich die FDP im Koalitionsvertrag mit der CDU festschreiben lassen. Dafür musste der bisherige Kämmerer, Manfred Nieland auf die höher dotierte Position eines Geschäftsführers bei der neu gegründeten EWMG weggelobt werden. Und weil dem jetzigen Kämmerer, Bernd Kuckels, FDP, der Titel „Kämmerer“ nicht reichte, musste Stadtdirektor

Rombey, SPD, gehen, damit der FDP Mann auch noch den einkommenssteigernden Titel des Stadtdirektors bekam. Interessant wird es weiter, wenn die Frage gestellt wird, wer denn überhaupt nach 1975 die maximale Zahl von 10 Stadtbezirken mit den beiden unsinnigen Gebilden Rheydt-West und Volksgarten eingeführt hat?

Öffentlich Wasser predigen und zum Sparen auffordern und heimlich Wein trinken und sich selbst bedienen, das hat nichts mit verantwortlicher Politik zu tun.

Die LiLO hatte und hat in der Frage der Bezirksvertretungen eine klare Position. Auflösung der künstlichen Gebilde Rheydt-West und Volksgarten, die nur dazu da waren, nach der Kommunalreform 1975 Politiker mit Pöstchen zu versorgen. Beibehaltung von dann 8 Bezirken, um eine politische Mitwirkung der BürgerInnen ortsnah zu gewährleisten und ein Sparmodell durch die Halbierung der Bezüge, das pro Jahr Einsparungen in Höhe von fast 500.000 EUR erbracht hätte. Sie hat immer darauf hingewiesen, dass die von CDU und FDP geplante und jetzt durchgesetzte Neureglung weder bürgernah noch preiswerter sein würde.

Was wir durch CDU und FDP jetzt bekommen haben, fördert weder eine bürgernahe Arbeit noch wird es preiswerter, wenn die Pläne der vier „Bezirksfürsten“ nach der Wahl durchkommen.

Die LiLO – Gruppe im Rat der Stadt Mönchengladbach wird sich in der noch laufenden Legislaturperiode dafür einsetzen, dass diese Selbstbedienungsmentalität zurückgewiesen wird.

linksjugend
['solid] 

Wir wollen nicht weniger als die Welt verändern!

Das ist das Motto der Linksjugend ['solid], dem parteinahen Jugendverband von Die Linke.

Ab diesem Frühjahr soll nun auch **Mönchengladbach** einen linken Jugendverband haben!

Ziel soll es sein, **direkt und vor Ort** Jugendarbeit zu leisten und für **Jugendliche** da zu sein!

Informationen dazu gibt es unter solid@die-linke-mg.de oder im LiLO-Büro

Sie möchten mitmachen?

Eintrittserklärung

Hiermit erkläre ich meinen Eintritt in DIE LINKE. Ich erkenne die Grundsätze des Programms und das Statut von DIE LINKE an.

Name:

Vorname:

Geburtsdatum:

Straße / Nr.:

Wohnort:

Telefon:

e - Mail:

Ort / Datum:

Unterschrift:

Bitte einsenden an:

Vorstand Die Linke - KV M'gladbach
Helmut Schaper
Postfach 30 10 01
D - 41191 Mönchengladbach

Wir zahlen nicht für eure Krise. **Heraus zum 1. Mai**

Am 28. März haben tausende Menschen in Berlin und Frankfurt unter dem Motto „**Wir zahlen nicht für eure Krise**“ demonstriert. Viele Menschen sind nicht mehr bereit, sich kampfflos mit den herrschenden Verhältnissen abzufinden.

Zum 1. Mai ruft die Gewerkschaft zu einer Maidemonstration auf. Leisten wir massenhaft Widerstand gegen Krise und Sozialkahltschlag für:

- 10 € gesetzlichen Mindestlohn
- 30 Stunden - Woche bei vollem Lohnausgleich
- Sofortige Anhebung des SGB II Regelsatzes auf 500 Euro

DGB Mönchengladbach
Arbeit für Alle bei fairem Lohn

1. Mai 2009
Demonstrationszug

Ab Kirche St. Josef (Hermges) 10:00 Uhr

Kundgebung

Rheydter Markt ab 11:00 Uhr

Es spricht :

Gregor Falkenhain (Ver.di)
Internationales Familienfest:

- ☺ Kinderprogramm mit Betreuung
- ☺ Life- Musik mit Return
- ☺ Diskussion, Gespräche, Essen u. Trinken
- ☺ Ideenbörse und Beratung